

# Volke-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., je nach sonstigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Milimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen an, für alle Anzeigen 25 Pf. in der ersten, 15 Pf. in der zweiten, 10 Pf. in der dritten, 5 Pf. in der vierten, 3 Pf. in der fünften, 2 Pf. in der sechsten, 1 Pf. in der siebten, 1/2 Pf. in der achten, 1/3 Pf. in der neunten, 1/4 Pf. in der zehnten, 1/5 Pf. in der elften, 1/6 Pf. in der zwölften, 1/8 Pf. in der dreizehnten, 1/10 Pf. in der vierzehnten, 1/12 Pf. in der fünfzehnten, 1/15 Pf. in der sechzehnten, 1/20 Pf. in der siebenzehnten, 1/25 Pf. in der achtzehnten, 1/30 Pf. in der neunzehnten, 1/40 Pf. in der zwanzigsten, 1/50 Pf. in der einundzwanzigsten, 1/60 Pf. in der zweiundzwanzigsten, 1/75 Pf. in der dreiundzwanzigsten, 1/100 Pf. in der vierundzwanzigsten, 1/125 Pf. in der fünfundzwanzigsten, 1/150 Pf. in der sechsundzwanzigsten, 1/200 Pf. in der siebenundzwanzigsten, 1/250 Pf. in der achtundzwanzigsten, 1/300 Pf. in der neunundzwanzigsten, 1/400 Pf. in der dreißigsten, 1/500 Pf. in der vierzigsten, 1/600 Pf. in der fünfzigsten, 1/750 Pf. in der sechzigsten, 1/1000 Pf. in der siebenzigsten, 1/1250 Pf. in der achtzigsten, 1/1500 Pf. in der neunzigsten, 1/2000 Pf. in der hundertsten.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimonatlicher Bestellung 4.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mark, durch die Post 12.00 Mark, auswärts Postgebühren. Bestellungen werden von allen Kreispostämtern angenommen. Der emittierte Zeitungszettel und die Coale-Zeitung eingetragene. Für verlangte eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit der Quellenangabe. Coale-Zeitung gestiftet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigens-Abt. Nr. 1142, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 125.

Halle, Sonntag, den 14. März 1920.

Einzelpreis 15 Pf.

## An das deutsche Volk.

**W.D. Dresden, 13. März.** Durch einen wahnwitzigen Handstreich fand die Regierungsgedächtnisfeier in die Hände der Aufrechter gelandt. Keine politische Partei, kein Mann von besonnener Denkfähigkeit steht hinter diesen Vorgängen. Jedermann muß billigen. Nachdem sich die in Döberitz einquartierten, zur Entlassung bestimmten Truppen, namentlich die aus dem Westfalen, hinter diesen Akt der Tollheit gestellt haben, hat die Regierung nun ein Blutbad zu vermeiden und das Leben der an Zahl geringeren, in Berlin beschriebenen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen. Denn

Blut ist seit 1914 genug geflossen, und dieses Abendmeer wird in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenstürzen. Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jeder bleibt an dem Gehorsam gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden. Nur sie kann Befehle erteilen und Ausführungsbefehle ausstellen. Jede Verordnung einer anderen Stelle ist rechtswidrig. Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, den Reichspräsidenten und die Regierung zu beschützen und gehorchen zu sein. Dem Eidbruch einer Anzahl Offiziere nachzukommen, verbietet ihnen Pflicht und Recht. Die Auflösung der Nationalversammlung ist verfassungswidrig.

Der Präsident der Nationalversammlung ist ersucht, die Nationalversammlung alsbald wieder einzuberufen.

Nur eine auf die Verfassung gegründete Regierung vermag Deutschland davon zu befreien, daß es in Nacht und Nebel versinkt. Wenn Deutschland von einem Parteigänger anders geführt wird, so ist es verloren. Eine aus einem Gemischtstande bestehende Regierung vermag nicht die Autorität im Inland und im Ausland. Das Volk wird verunglücken, wenn neue Wirren die Wirklichkeit und den Verkehr unterbinden und das Vertrauen des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erwirbt, untergraben. Ungehörige Befehle nach innen und außen setzen bevor, wenn das Volk die Besonnenheit verliert.

Deutsches Volk, schare dich um deine verfassungsmäßige Regierung.

Dresden, 13. März 1920.

Der Reichspräsident:

Ebert.

Die Reichsregierung:

Bauer, Roske, Gieseler, Müller, Koch, Gehler.

### Die Regierung in Dresden.

**W.D. Dresden, 13. März.** (Sonntagsbeilage.) Die Reichsregierung, welche nach Dresden übergeleitet ist, hat an die Regierungen der Länder folgendes Telegramm gerichtet:

Der Kaiser vertritt gewissermaßen die Autorität, hinter denen kein einziger Politiker steht, hat die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrechtzuerhalten und alle Beziehungen mit den Staatspräsidenten in Berlin abzuheben.

Der Reichspräsident:

Ebert.

Die Reichsregierung:

Bauer, Müller, Gieseler, Roske, Koch, Gehler.

Unter den Unterschreibern dieser Kundgebung stehen die Minister Schiffer, der nach einer anderen Meldung in Schußhaft genommen ist, Schmidt, Schlöde und David.

### Eine Proklamation der sächsischen Regierung.

**Dresden, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die sächsische Regierung hat folgende Proklamation an die Bevölkerung erlassen: In Berlin haben sich Ereignisse vollzogen, die das Deutsche Reich und die Bevölkerung auf das äußerste bedrohen. Wahnsinnige Parteigänger der Reaktion haben die Regierungsgedächtnisfeier und verurteilten sich in einem Wahn, die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung als ungesetzlich zu erklären. Die Mitglieder der verfassungsmäßigen Regierung haben Berlin fluchtartig verlassen. Deutschland ist vom Bürgerkrieg und damit vom vollständigen Ruin bedroht. In dieser Stunde rufen wir die gesamte Bevölkerung zum Schutze der demokratischen Verfassung und der jetzigen Regierung auf. Der Versuch einer Berliner Militärdiktatur muß mit allen Mitteln verhindert werden. Es darf erwartet werden,

daß der wahnwitzige Streich der Reaktion in Berlin alsbald zum Scheitern verurteilt wird. Die Regierung wird Hand in Hand mit den freiheitlichen und verfassungstreuen Parteien alle weiteren Maßnahmen veranlassen.

Die Regierung des Reiches  
Taglich  
Unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern.

### Eine Mitteilung der Reichskanzlei.

**W.D. Berlin, 13. März.** (Drahtnachricht.) Die Reichskanzlei teilt mit: Die alte Regierung einschließlich des Reichspräsidenten ist gelöst. Die Truppen rücken mit klingendem Spiel ein und besetzen die Regierungsgedächtnisgebäude ohne Widerstand. Der Tag ist ohne Blutvergießen verlaufen. Sein Schluß ist gefallen. Es handelt sich um keine Revolution und keinen monarchistischen Putsch. Es gehen verurteilten Gerüchte um über die Wiedereinführung der Wehrpflicht und neue Kriegsanstalten. Die Regierung will den Frieden nach außen und nach innen. Beziehungen mit der Arbeiterschaft über die neue Lage sind eingeleitet. Die Regierung wird die Wehrbeschränkungen, Freiheit und Brot aus einem hohen Post zur Tat machen.

### Verhandlungen mit den Arbeitervertretern.

**W.D. Berlin, 13. März.** (Drahtnachricht.) Sämtliche in Berlin zurückgebliebenen Minister des Reiches und Preußens befinden sich in Schußhaft, die in der Form einer Bewachung in ihrer Wohnung ausgeteilt wird. Es handelt sich hierbei außer um die Minister Freine, Gumbel und Ehrlich um den Reichsanwalt Schöber, den Reichsarbeitsminister Schöde, den Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser, den Ministerialdirektor Kauscher und den bisherigen Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Oberregierungsrat Berger. Erzberger hat Berlin verlassen und befindet sich in Dresden. Das Verbot der Berliner Zeitungen begründet der neue Chef der Reichskanzlei Freiberger v. Falkenhäufen mit Verhandlungen, die mit Arbeitervertretern im Gange sind und deren Störung verhindert werden müsse. Tatsächlich haben solche Verhandlungen mit dem Minister Freine als Vertreter der Wehrheitsfraktionen, mit Dünnig als Vertreter der Unabhängigen und mit Freine als Vertreter der Kommunisten stattgefunden. Alle diese Verhandlungen haben aber abgelehnt. Volksparteipräsident Eugen Ernst hat sich den neuen Nachbarn zur Verfügung gestellt und befindet sich nach wie vor im Amt.

### Generalfreist in Bochum und Essen.

**Bochum, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die hiesige sozialdemokratische Parteileitung hat eine Proklamation herausgegeben, in der die Arbeiterschaft zur sofortigen Arbeitsunterbrechung und zum Generalfreist für heute nachmittags 1 Uhr aufgefordert wird. Es sind auch Demonstrationen für die Republik geplant. In Essen ist der Generalfreist proklamiert worden.

### Vor dem Generalfreist in Bremen.

**Bremen, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Es ist damit zu rechnen, daß die hiesige tabakale Arbeiterschaft eine direkte Aktion für den Bestand der Republik einleiten wird. Heute nachmittags traten die Parteifraaktionen der S.P. und U.S.P. zusammen. Es ist alsbald anzunehmen, daß der Generalfreist verhindert wird. In Anruhen ist es in der Stadt bisher nicht gekommen.

### Generalfreist auch in Magdeburg.

**Magdeburg, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Arbeiterschaft ist um 2 Uhr mittags in den Generalfreist getreten. Die kaufmännischen und technischen Angestellten in den großen Fabriken verhalten sich vorläufig neutral.

### Generalfreist in Frankfurt a. M.

**W.D. Frankfurt a. M., 13. März.** In Frankfurt herrscht Generalfreist. Die Arbeiter durchziehen in Massendemonstrationen die Stadt.

### Kassels Militärfeldkommandant gegen jeden Streik.

**W.D. Kassel, 13. März.** Vom Reichswehrgruppenkommando 2 wird uns berichtet: In Berlin hat sich eine neue Regierung der Arbeit unter Generalstaatskommissar Kapp als Reichsregierung gebildet. Es soll eine neue Reichsregierung herangezogen werden. Die Parteien sind ausnahmslos zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert. Der Regierungsrat hat sich ohne Blutvergießen in erhöhter Debatte vollzogen. Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 2 in Kassel, dessen Befehlsbereich ganz Westdeutschland umfaßt, hat die ihm unterstellenden Truppen angewiesen, mit allen Mitteln für die Wahrung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Diese Pflicht muß von der gesamten Bevölkerung unterstellt werden.

werden. Ein Streik würde Unruhen zur Folge haben, die Lebensmittellieferung beschneiden und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands unterbrechen. Die Reichswehr wird die nötige Ausnahmemaßnahmen vorbehalten. Wie aus Berlin verlautet, herrscht dort Ruhe. Generalfreist bisher nicht eingetreten.

### Die Kasseler Truppen bleiben treu!

**W.D. Kassel, 13. März.** Nach eingegangenen Nachrichten ist die Regierung in Berlin durch gewalttätige Eingriffe in ihren Entscheidungsbereich. Ich werde die Ruhe und Ordnung im gesamten Bereich der Reichswehrbrigade 11 mit allen Mitteln aufrechterhalten und werde in diesem Zweck mit Zustimmung des Reichspräsidenten, Oberpräsidenten Dr. Schöner, den verfassungsmäßigen Anordnungen für den gesamten Bereich der 11. Reichswehrbrigade. Ausführungsbestimmungen folgen. Gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 verbleibt in jedem Streik. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Militärbefehlshaber:

gez. von Eickmann.

### Die Lage in Hamburg.

**Hamburg, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die hiesige Bevölkerung nimmt die Berliner Ereignisse sehr ruhig auf. Es ist das Gerücht verbreitet, daß von Seite aus die dort Regierenden Sozialistengruppen im Anmarsch auf Hamburg seien. Der Senat hat peremptorisch verurteilt, sich mit der Reichswehr in Berlin in Verbindung zu setzen. Die Hamburger Reichswehrtruppen sind bereit, einem etwaigen Einmarsch entgegenzutreten.

### Ruhe in Leipzig.

**Leipzig, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Nachricht vom Sturz der Berliner Regierung hat natürlich auch in Leipzig großes Aufsehen erregt, jedoch ist es zu Randgebungen irgendwelcher Art bei in die Wirklichkeiten nicht gekommen. Man ist hier von den Launen der Diktatur und nicht gespannt auf die Maßnahmen der Regierung.

### Ein schweres Verbrechen am Volke!

**Die Haltung der Leipziger Demokratie**  
**Leipzig, 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Deutschdemokratische Partei in Leipzig erließ einen Aufruf des Inhalts, daß die Berliner Vorgänge ein schweres Verbrechen am Volke seien, das die eintretende Bewandlung unersetzlichen und wirtschaftlichen Irreparablen auf sich ziehen. Wenn eine revolutionäre Militärdiktatur aus in den Händen eines Militärregimes hinstreckt, so muß das Volk sich zusammenschließen, um das zu verhindern. Alle Männer und Frauen müssen sich hinter die Nationalversammlung stellen, wenn das schlimmste verhütet werden soll.

### Dresden Demonstrationen gegen die Diktatur.

**Dresden, 13. März.** Die sozialdemokratische Partei fordert ihre Anhänger zu einer gewaltigen Demonstration auf dem Wiener Platz für Sonntag vormittag auf zum Protest gegen die Berliner Militärdiktatur und zum Schutze der demokratischen Verfassung und der Republik.

### Verbotene Zeitungen in Frankfurt.

**Frankfurt a. M., 13. März.** (Eigene Drahtnachricht.) Nachdem heute vormittag die Vorzüge in Berlin bekannt geworden waren, hat die wieder ins Leben gerufene Exekutivkommission, den „Frankfurter Generalanzeiger“, die „Frankfurter Nachrichten“ und das „Frankfurter Volksblatt“ vorläufig zu verbieten. Die Vorzüge in Berlin haben die U.S.P. veranlaßt, in den Mittagsstunden eine große Versammlung am Bismarckplatz einzuberufen. Die verschiedenen Redner wies darauf hin, daß man die Revolution von rechts schon lange erwartet habe. Sie forderten jetzt die Diktatur des Proletariats. In der Stadt ist es zu zahlreich Zusammenkünften gekommen, bei denen die Sicherheitsmannschaften von der Waffe und von Handgranaten Gebrauch machten.

### Die Lage in Frankfurt a. M.

**Frankfurt a. M., 13. März.** Der Volksparteipräsident erließ eine Bekanntmachung, in der er darlegt, daß die Verhältnisse in Berlin auch in Frankfurt a. M. zu großen Schwierigkeiten und bedauerlichen Ereignissen geführt haben. Sämtliche Parteigruppen haben zu bisherigen Regierungen einen Vorsteher ernannt, der die Revolution von rechts schon lange erwartet habe. Sie forderten jetzt die Diktatur des Proletariats. In der Stadt ist es zu zahlreich Zusammenkünften gekommen, bei denen die Sicherheitsmannschaften von der Waffe und von Handgranaten Gebrauch machten.

